

Unsere Stärke kommt von unten – Sozialstaat verteidigen – das gute Leben erkämpfen!

Liam Demmke

Die Angriffslage: Die Arbeiter*innenbewegung wurde in Betrieben, Werkhallen, Verwaltungen, Krankenhäusern, Kitas, Berufsschulen, Zechen, Stahlwerken, Büros und Stadtteilen aufgebaut. Von Menschen, die gearbeitet, gestreikt, organisiert und füreinander eingestanden haben. Doch genau diese Menschen und Orte wurden in den vergangenen Jahrzehnten - auch von Progressiven - zu oft allein gelassen. Politische und wirtschaftliche Macht wurde nach oben verlagert und öffentliche Daseinsvorsorge geschwächt. Arbeit wurde verdichtet. Wohnen wurde teurer.

Insgesamt bedeutet das: Weniger Kontrolle über das eigene Leben. Die aktuelle Bundesregierung treibt diese Entwicklung unter Beteiligung der Sozialdemokratie immer weiter voran. Wir erleben gerade eine politische Debatte, in der Beschäftigte, Erwerbslose, Kranke, Rentner*innen, junge Menschen und Familien wieder und wieder zum Problem erklärt werden. Während Beschäftigte den Laden am Laufen halten, hören wir von Arbeitgeberverbänden und Teilen der Bundesregierung immer dieselben Antworten: Länger arbeiten, später in Rente, mehr Druck in der Grundsicherung, strengere Kontrolle bei Krankheit, längere Befristungen, weniger Sozialstaat. Wenn es wirtschaftlich schwierig wird, sollen wieder zuerst diejenigen zahlen, die am wenigsten Macht haben.

Das Problem ist ein Wirtschaftsmodell, das Gewinne privatisiert, Risiken in die Gemeinschaft gibt und die Krisenkosten nach unten weitergibt.

Wer entscheidet, wer zahlt, wer profitiert? Die Debatte um Sozialstaat und Arbeitnehmer*innenrechte ist eine Machtfrage. Viel zu oft entscheiden diejenigen, die die Arbeit machen am wenigsten über Arbeitszeiten, über Befristungen, Übernahmen, Standortentscheidungen, Digitalisierung, über Renten, Pflege, Gesundheit und öffentliche Investitionen.

Wenn der Achtstundentag aufgeweicht werden soll, geht es um Verfügungsmacht der Arbeitgeber über die Zeit der Beschäftigten. Wenn die Grundsicherung verschärft wird, geht es darum, Menschen unter Druck zu setzen. Wenn bei Sozialleistungen gekürzt wird, während große Vermögen, Erbschaften, Kapitalerträge und Krisengewinne geschont werden, geht es um Verteilung. Diejenigen, die den Wohlstand erarbeiten, verdienen mehr mehr Einfluss. Demokratie endet nicht am Werkstor und nicht an der Bürotür eines Jobcenters.

Der Status quo reicht nicht: Schon vor den aktuellen Angriffen war vieles nicht gut genug. Menschen mit niedrigen Löhnen droht trotz jahrzehntelanger Arbeit Altersarmut. Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität hängen zu stark davon ab, wo man lebt und wie viel Geld man hat.

Der Sozialstaat muss deshalb immer erneuert werden. Er gibt Menschen Raum zum Atmen. Denn frei ist, wer planen kann, wer sich einbringen kann, wer nicht ständig Angst haben muss, wer Sicherheit hat, kann Neues wagen. Wer gute Bildung und Ausbildung bekommt, kann seine Fähigkeiten entwickeln. Wer gesund arbeitet, bleibt länger im Beruf. Wer bezahlbar wohnt, kommt an einem Ort an. Wer dort mitbestimmt, erlebt Demokratie.

Organisieren statt empören: Unsere Antwort ist Organisation. Wir wollen als Jusos Münster Teil einer breiten Gegenbewegung gegen Sozialabbau und Angriffe auf Arbeitnehmer*innenrechte sein. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Gewerkschaftsjugenden, Sozialverbänden, Studierendenvertretungen, Initiativen und der SPD wollen wir deutlich machen: Sozialstaat und Arbeitnehmer*innenrechte sind die Grundlage eines demokratischen und würdigen Lebens.

Forderungen: Hände weg reicht nicht – her mit dem guten Leben für alle

1. Arbeitszeit schützen und neu verteilen

Keine Aufweichung des Achtstundentags, keine Wochenarbeitszeitmodelle mit überlangen

Arbeitstagen, verbindliche Arbeitszeiterfassung in allen Betrieben und perspektivisch die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich.

2. **Gute Arbeit statt Befristung, Druck und Prekarität**

Keine Ausweitung sachgrundloser Befristungen, Schutz bei Krankheit statt Misstrauenspolitik, Mindestlohn ohne Ausnahmen und ohne Altersgrenzen, keine Verschärfung der Grundsicherung zulasten von Erwerbslosen und Familien sowie keine Ausweitung prekärer Arbeitsmodelle.

3. **Tarifbindung und Mitbestimmung stärken**

Ein starkes Bundestariftreuegesetz, erleichterte Allgemeinverbindlicherklärungen, stärkere Betriebsräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen, besserer Kündigungsschutz für Betriebsratsgründer*innen und mehr Mitbestimmung bei Transformation, Digitalisierung, KI, Standortentscheidungen und Personalabbau.

4. **Junge Menschen absichern**

Eine echte Ausbildungsgarantie, bezahlbares Azubi-Wohnen in Münster und im Münsterland, starke Jugendberufsagenturen, mehr Qualifizierung und Weiterbildung sowie mehr Rechte für Auszubildende und dual Studierende.

5. **Sozialstaat und öffentliche Infrastruktur ausbauen**

Keine Kürzungen bei Gesundheit, Wohnen, Familie, Pflege, Rente und Bildung. Stattdessen öffentliche Investitionen in Kitas, Schulen, Berufskollegs, Pflege, Gesundheit, ÖPNV, Klimaschutz, bezahlbaren Wohnraum und starke öffentliche Dienstleistungen.

6. **Rente, Gesundheit und Pflege solidarisch organisieren**

Keine Anhebung des Rentenalters, ein höheres und dauerhaft stabiles Rentenniveau, eine echte Mindestrente, bessere Anerkennung von Sorgearbeit, Pflege, Kindererziehung, Krankheit und gebrochenen Erwerbsbiografien, eine Erwerbstätigenversicherung, eine solidarische Bürgerversicherung sowie begrenzte Eigenanteile und perspektivisch eine Pflegevollversicherung.

7. **Reichtum gerecht besteuern und Arbeit entlasten**

Wiedereinführung der Vermögensteuer, gerechte Erbschaftsteuer, Übergewinnsteuer für Krisenprofite, höhere Besteuerung von Kapitalerträgen, Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen sowie keine Unternehmenssteuersenkungen ohne verbindliche Investitions-, Beschäftigungs- und Tarifizusagen.

Eine Task Force „Unsere Stärke kommt von unten“

Wir gründen eine Task Force. Sie soll aktuelle Angriffe auf Sozialstaat und Arbeitnehmer*innenrechte beobachten, lokale Aktionen vorbereiten, Bündnisse aufbauen, Streiks und Tarifauseinandersetzungen solidarisch begleiten, Veranstaltungen organisieren und Anträge in die SPD Münster einbringen. Mögliche erste Projekte sind eine Veranstaltung zum Achtstundentag und zur Vier-Tage-Woche, eine Aktion zu Azubi-Wohnen in Münster, ein Gesprächsabend mit Gewerkschaften und Sozialverbänden zum Sozialstaat oder eine Social-Media-Reihe „Wer hält Münster am Laufen?“.